

**Pressesprecher
Bernd Sanders**

Landeshaus

24100 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>

e-mail: fraktion@cdu.landsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 228/00 vom 13. Juli 2000

TOP 28

Jost de Jager: Politischer Mut ist gefordert

Unter www.bildung.saarland.de wird in 12 Fragen und Antworten erläutert, warum das Saarland zum Schuljahr 2001/2002 den achtjährigen Bildungsgang bis zum Abitur einführen will, und zwar als eine generelle Regelung für alle Schülerinnen und Schüler des Landes. Besonders interessant ist die Frage 4, nämlich warum kein Schulversuch durchgeführt wird. Die Antwort „Ein Schulversuch würde in diesem Fall mindestens 8 Jahre dauern, ein Zeitraum, der für eine grundsätzliche Lösung verloren ginge.“ So ist es.

Und genau dies wird in Schleswig-Holstein eintreten, wenn zum Schuljahr 2001/2002 nach dem Willen der Landesregierung keine generelle Schulzeitverkürzung bis zum Abitur, sondern lediglich ein Schulversuch eingeführt wird. Ich sage Ihnen aber: Es gibt keine Notwendigkeit mehr für einen Modellversuch zur Schulzeitverkürzung in Deutschland. Alle Modelle sind bekannt und sie sind auch alle erprobt. Man muss sich nur für eines der Modelle entscheiden. Wir wissen, dass die generelle Schulzeitverkürzung bis zum Abitur in Sachsen funktioniert und wir wissen, dass sie in Baden-Württemberg funktioniert. Was jetzt gefordert ist, ist der politische Mut, die Schulzeitverkürzung ohne wenn und aber und ohne halbe Sachen durchzusetzen.

Deshalb: Jetzt einen Modellversuch in Schleswig-Holstein zu starten ist das Gegenteil dessen, was es suggerieren soll. Ein Schulversuch in Schleswig-Holstein führt das Abitur nach 12 Jahren eben nicht bei uns ein, sondern im Gegenteil, es schiebt die Einführung der Schulzeitverkürzung auf die lange Bank.

Nach Ihren Vorstellungen, Frau Erdsiek-Rave, würde dieser Schulversuch zunächst einmal nur an 15 Gymnasien im Lande zum Tragen kommen. Mit anderen Worten: Nur an 15 % der Gymnasien in Schleswig-Holstein bietet sich für die Schülerinnen und Schüler des Landes die Möglichkeit, das Abitur bereits nach einem 8-jährigen Bildungsgang abzulegen.

Das ist im übrigen auch Ihr erklärter Wille. Ausdrücklich reden Sie in Ihren Pressemitteilungen davon, dass Sie die Schulzeitverkürzung bis zum Abitur punktuell, partiell und als Begabtenförderung anbieten wollen. Dazu sagen wir nein! Wir wollen das Abitur nach 12 Jahren flächendeckend für alle und als einen Beitrag zur Schulpolitik und nicht zur Begabtenförderung.

Darin liegt ein gravierender Unterschied. Denn in einer Vorlage des Ministeriums für den Landesschulbeirat wird auf Folgendes hingewiesen „Das Angebot des 8-jährigen Bildungsganges richtet sich an eine Schülergruppe, die rechtlich als „Springer“ zu betrachten ist“.

An diese Zielgruppe, Frau Erdsiek-Rave, richtet sich vielleicht Ihr Schulversuch, nicht aber unsere Forderung nach einer Schulzeitverkürzung. Unser Anliegen ist es nicht in erster Linie, den Springern das Springen leichter zu machen, sondern alle Gymnasiasten im Lande innerhalb von 12 Jahren zum Abitur zu führen.

Aus diesem Grunde fordern wir Sie auf: Lassen Sie den Modellversuch sein und nehmen Sie sich zumindest ein einziges Mal schulpolitisch ein Herz und setzen sich an die Spitze einer Bewegung, anstatt immer nur hinterher zu trotten. Lassen Sie uns genauso fortschrittlich sein wie die Kollegen im Saarland und lassen Sie uns das Abitur nach 12 Jahren zum Schuljahr 2001/2002 generell einführen.

Von den konzeptionellen Vorarbeiten her ist es egal, ob Sie mit einem Modellversuch beginnen oder die Schulzeitverkürzung gleich generell einführen. Denn egal, ob das von Ihnen gewählte Modell an allen Schulen umgesetzt wird oder nur an 15 – seriös und fundiert muss es in jedem Fall sein. Und für uns ist dabei Folgendes wichtig: Die Schulzeitverkürzung ist kein Sparmodell. Es darf im Zusammenhang damit weder zu einer Kürzung an Unterrichtsstunden, noch an Lehrerplanstellen, noch an finanziellen Mitteln kommen. Im Klartext bedeutet dies, dass auch bei einem Jahr weniger Unterricht es nicht zu einer Reduzierung der bisher bis zum Abitur vorgesehenen 265 Wochenstunden kommt.

Und in diesem Zusammenhang darf ich noch einmal auf die Springerklassen zurückkommen. Weil die Schülergruppe nämlich rechtlich als Springer zu betrachten sind, heißt es in dem Schreiben an den Landeselternbeirat weiter: „... ist eine volle Auffüllung der Stundentafel auf den in der Kultusministerkonferenz vereinbarten 265 Jahreswochenstunden nicht erforderlich.“ Mit anderen Worten, Sie wollen sich in Ihrem Modellversuch nicht an die unter den Kultusministern vereinbarte Mindestwochenstundenzahl bis zum Abitur halten. Das, Frau Erdsiek-Rave, machen wir nicht mit. Wir halten uns an die von uns gegebenen Aussagen, dass mit der Schulzeitverkürzung kein Bildungsabbau einhergeht.

Auch die Durchlässigkeit zwischen den Schularten muss insgesamt aufrecht erhalten werden.

Bei einer Schulzeitverkürzung ist es nicht nur mit organisatorischen Maßnahmen getan. Ohne eine Änderung der Lehrpläne wird die Schulzeitverkürzung nicht umsetzbar sein. Es geht also auch um die Inhalte gymnasialer Bildung und Ausbildung. Und hier wollen wir, dass wir die Schulzeitverkürzung als eine Chance

begreifen, auch zu einer inhaltlichen Weiterentwicklung des Gymnasiums zu kommen. Wir wollen mit der Schulzeitverkürzung für das Gymnasium nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Unser Motto ist deshalb „kürzer und besser“. Wir glauben, dass jetzt, wo wir ohnehin zu einer Neufassung der Lehrpläne kommen müssen, auch über die inhaltlichen Anforderungen des Abiturs nachzudenken ist. Denn es ist unser bildungspolitisches Credo, dass wir das Abitur wieder auf eine breitere Grundlage stellen wollen. Und deshalb fordern wir Sie auf, machen Sie keine halben Sachen. Verzichten Sie auf Ihren Modellversuch und seien Sie einmal mutig und führen Sie die generelle Schulzeitverkürzung ein. Die Schülerinnen und Schüler, machen Sie sich da nichts vor, werden es Ihnen danken. Die wollen es und wir auch.